



Medienmitteilung

Datum: 12.02.2014

Rechnung 2013 im Plus – Ausgabenkürzungen im Budget 2015

Der Bundesrat hat heute das Rechnungsergebnis 2013 zur Kenntnis genommen und gleichzeitig den finanzpolitischen Rahmen für den nächsten Budgetprozess festgelegt. Der Bund schliesst das Jahr 2013 mit einem Überschuss von 1,3 Milliarden ab. Budgetiert war ein Defizit von 0,4 Milliarden. Die Verbesserung ist Budgetunterschreitungen sowie hohen Einnahmen aus der Verrechnungssteuer zuzuschreiben. Mit den Budgetweisungen hat der Bundesrat seine Vorentscheide für das Budget 2015 und den Finanzplan 2016-2018 getroffen. Er hat für das Budget 2015 Sparaufträge im Umfang von 0,7 Milliarden erteilt.

Der Rechnungsabschluss 2013 weist höhere **Einnahmen** auf als budgetiert (+0,6 Mrd.) und übertrifft damit die Erwartungen gemäss der Hochrechnung vom vergangenen September. Verantwortlich dafür ist die Verrechnungssteuer, die das drittbeste Ergebnis ihrer Geschichte erzielte und den budgetierten Wert deutlich übertraf (+1,1 Mrd.); der Grund liegt insbesondere bei den vergleichsweise geringen Rückerstattungen. Die direkte Bundessteuer blieb deutlich unter dem Budget (-0,6 Mrd.). Bei den übrigen Fiskaleinnahmen ergaben sich nur geringe Abweichungen gegenüber den budgetierten Werten, so insbesondere auch bei der wichtigsten Einnahme position, der Mehrwertsteuer.

Tabelle: Finanzierungsrechnung 2013

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu VA	Differenz zu R in %
Ordentliche Einnahmen	62'997	64'479	65'032	553	3.2
Ordentliche Ausgaben	61'736	64'929	63'700	-1'229	3.2
Ordentliches Finanzierungsergebnis	1'262	-450	1'332	1'781	
Ausserordentliche Einnahmen	738	-	1'306	1'306	
Ausserordentliche Ausgaben	-	-	-	-	
Finanzierungsergebnis	2'000		2'638	2'638	

Auf der **Ausgabenseite** bewegen sich die Budgetunterschreitungen (-1,2 Mrd.) nahe beim Durchschnitt der vergangenen 10 Jahre. Grössere Minderausgaben resultierten bei den Leistungen des Bundes an die Sozialversicherungen (IV, AHV), bei der Landesverteidigung, im Asylbereich und aufgrund des nach wie vor tiefen Zinsniveaus auch bei den Passivzinsen.

Gegenüber dem Vorjahr verzeichnen Einnahmen und Ausgaben einen Zuwachs von 3,2 Prozent. Dieser Wert ist stark geprägt von der Verrechnungssteuer, deren Einnahmen im Vorjahresvergleich einen grossen Sprung machten (+1,6 Mrd.). Ohne Verrechnungssteuer legten die Einnahmen um 0,7 Prozent zu, deutlich weniger als das nominelle BIP-Wachstum von 2,0 Prozent (gemäss Prognose vom 19.12.2013). Das Einnahmenwachstum wird getrieben von der Mehrwertsteuer (+2,3 Prozent). Hemmend wirkte die direkte Bundessteuer, welche beinahe stagnierte. Bei den Ausgaben weisen die Beziehungen zum Ausland (Annäherung an das Ziel einer ODA-Quote von 0,5 % des BNE) und die Landesverteidigung (u.a. aufgrund tieferer Kreditreste als im Vorjahr) überdurchschnittliche Wachstumsraten auf.

Im **ausserordentlichen Haushalt** wurden Einnahmen von 1,3 Milliarden verbucht. Aus dem Verkauf von Swisscom-Aktien (vgl. Medienmitteilung vom 23.1.2014) resultierte ein Erlös von 1,2 Milliarden. Dadurch hat der Bund seine Beteiligung an der Swisscom per Ende 2013 auf 51,22 Prozent reduziert. Ferner ergaben sich aus einer Gewinneinziehung der FINMA aufgrund von Verstössen gegen schweizerische Finanzmarktgesetze durch die UBS Einnahmen von 59 Millionen. Ausserordentliche Ausgaben wurden nicht getätigt. Unter Einschluss der ausserordentlichen Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungsergebnis von 2,6 Milliarden.

Die **Bruttoschulden** reduzierten sich im vergangenen Jahr um 0,8 Milliarden auf 111,6 Milliarden. Die **Nettoschulden** (Bruttoschulden abzüglich Finanzvermögen) gingen um 3,0 Milliarden auf 78,2 Milliarden zurück.

Finanzpolitische Standortbestimmung

Die finanzpolitische Standortbestimmung legt den Rahmen fest für den neuen Budgetierungs- und Finanzplanungsprozess. Ausgangspunkt dafür ist der Finanzplan 2015-2017 vom 21. August 2013. Er wurde, basierend auf dem Rechnungsergebnis 2013, den neuen volkswirtschaftlichen Eckwerten und den in der Zwischenzeit erfolgten Beschlüssen aktualisiert.

Tabelle: Struktureller Saldo gemäss finanzpolitischer Standortbestimmung

in Mio. CHF	Voranschlag 2015	Finanzplan 2016	Finanzplan 2017
Struktureller Saldo im Finanzplan 2015-2017	235	538	1372
Aktualisierung	-867	22	242
Schätzkorrekturen konjunkturbereinigte Einnahmen	-654	87	968
Beschlüsse Einnahmen	248	438	188
Ausgaben: Schätzkorrekturen und Beschlüsse	-461	-503	-914
Vor Bereinigung	-632	560	1614
Bereinigung	696		
Gezielte Kürzungen	368		
Querschnittskürzung	289		
Kürzung Sach- und Betriebsaufwand	39		
Neuer struktureller Saldo	64	560	1614

Aktualisierung: + Entlastung; - Belastung

Der Finanzplan 2015-2017 wies noch durchgehend strukturelle Überschüsse aus. In der Zwischenzeit hat sich die **Haushaltslage im Jahr 2015** massgeblich verschlechtert, so dass ein strukturelles Defizit von 0,6 Milliarden resultiert (vor Bereinigung). Der Hauptgrund dafür ist, dass die Massnahmen des KAP 2014 im Jahr 2015 aus der Planung entfernt wurden, da ein rechtzeitiger Parlamentsbeschluss kaum mehr möglich ist.

Die **finanzpolitische Strategie** zielt kurzfristig auf die Bereinigung des Voranschlags. Mittelfristig ist sie auf die grossen finanzpolitischen Herausforderungen aus den beiden prioritären steuerpolitischen Projekten ausgerichtet (Unternehmenssteuerreform III, Ehegattenbesteuerung). Im Sinn einer vorausschauenden Finanzpolitik soll daher der Handlungsspielraum des bisherigen Finanzplans (1,4 Mrd.) erhalten bleiben. Dazu sind dauerhafte Entlastungsmassnahmen nötig; deshalb will der Bundesrat am KAP 2014 in den Folgejahren festhalten.

Das **Bereinigungskonzept** hat zum Zweck, das strukturelle Defizit im Voranschlag 2015 zu beseitigen. Das Konzept setzt sich aus drei Komponenten zusammen: Umsetzung von gezielten Kürzungen, die der Bundesrat im Rahmen des KAP 2014 beantragt hat (rund -370 Mio.), eine Querschnittskürzung, die mit der tieferen Teuerung begründet wird (rund -290 Mio.) sowie eine teilweise Weiterführung der vom Parlament im Voranschlag 2014 beschlossenen Kürzungen im Sach- und Betriebsaufwand (rund -40 Mio.).

Nach Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen werden die Vorgaben der Schuldenbremse im Voranschlagsjahr knapp eingehalten (rund +60 Mio.). Die oben dargelegten Massnahmen sind Teil der Weisungen des Bundesrates zum Voranschlag 2015.

In den Folgejahren ist der strukturelle Saldo positiv (2016: 0,6 Mrd.; 2017: 1,6 Mrd.). Die Entlastungen aus dem KAP 2014 sind darin weiterhin berücksichtigt. Die Beratung des KAP ist allerdings solange sistiert, bis die vom Nationalrat verlangten zusätzlichen Abklärungen vorgenommen sind und entsprechende Szenarien vorliegen (vgl. Kasten).

Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAP 2014)

Der Bundesrat will zur Erfüllung der Aufträge, die ihm der Nationalrat im Zusammenhang mit der Rückweisung des KAP 2014 erteilt hat, nach den Sommerferien einen Zusatzbericht zum KAP 2014 mit den beiden geforderten Szenarien vorlegen. Das eine soll aufzeigen, wie der Bundeshaushalt mit Mehreinnahmen im Gleichgewicht gehalten werden kann. Im anderen Szenario müssen drei Varianten entwickelt werden, wie der Personalaufwand des Bundes durch Stellenabbau um rund 300 Millionen (ca. 6 %) reduziert und die Staatsquote stabilisiert werden kann. Dabei sollen für jede Variante unterschiedliche Massnahmen entwickelt werden.

In Variante 1 erhält jedes Departement eine Abbauvorgabe von rund 6 Prozent des Personalaufwands; die Departemente können bei der Erarbeitung der Massnahmen Prioritäten setzen. Variante 2 sieht primär Effizienzsteigerungen und Leistungsabbau in jenen Bereichen vor, in denen die Aufgabenerfüllung in der alleinigen Hand des Bundes ist (Sicherheit, Aussennetz, institutionelle und finanzielle Voraussetzungen). In Variante 3 erfolgt der Abbau schwergewichtig in den Bereichen, in denen der Bund die Aufgabenerfüllung über Vorschriften und Subventionen steuert (z.B. Bildung und Forschung, Entwicklungszusammenarbeit, Landwirtschaft, Gesundheit). Da auf diese Bereiche nur rund 25 Prozent des Personalaufwands entfallen, müsste der Personalaufwand hier zur Erfüllung der parlamentarischen Vorgabe um 17 Prozent reduziert werden.

Der Zusatzbericht soll dem Parlament als Grundlage für Beschlüsse zum weiteren Vorgehen dienen. Für die Umsetzung der Szenarien dürften diverse Gesetzesänderungen notwendig sein. Der Bundesrat müsste daher eine neue Botschaft erarbeiten, zu der eine Vernehmlassung durchzuführen wäre.

Für Rückfragen:

Serge Gaillard, Direktor Eidgenössische Finanzverwaltung EFV
Tel. +41 31 32 260 05, serge.gaillard@efv.admin.ch

Verantwortliches Departement:

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Medienmitteilung

Auf der Internet-Version dieser Medienmitteilung unter www.efd.admin.ch/aktuell verfügbar:

- Übersicht über die wichtigsten einnahmen- und ausgabenseitigen Entwicklungen
- Grafiken zum Rechnungsabschluss 2013